

# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

**Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowicz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.**

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

**Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2**  
Fernsprecher Nr. 501

**Nr. 118** **Dienstag, den 30. Juli 1929** **47. Jahrgang**

## Briands künftige Politik

Das neue Kabinett? — Fortsetzung der Politik Poincarees

Paris. Briand nahm am Sonntag nachmittag die Besprechungen über die Bildung des neuen Kabinetts wieder auf. So empfing er u. a. die Radikalsozialisten, Unterrichtsminister Marraud, Abg. Gautier und Senator Sarraut. Aus den Erklärungen Briands geht hervor, daß die Lösung der Regierungskrise wegen des Kampfes für und gegen Tardieu und wegen allgemeiner Fragen auf Schwierigkeiten stößt und sehr anscheinend eine nur teilweise Erneuerung des zurückgetretenen Kabinetts einer völligen Erneuerung bedarf. „Wenn wir,“ so erklärte Briand u. a. „wegen des Zeitpunktes der Regierungskonferenz keine Eile hätten, hätte ich ein Kabinett auf breiterer Grundlage bilden können. Man kann aber nicht in voller Fahrt, wenn der Kapitän krank wird, die ganze Besatzung des Schiffes wechseln. Die Aufgabe, die ich unternehme, ist nicht gerade bequem. Ich mache mich aber daran mit dem aufrichtigen Wunsche, sie zu einem guten Ende zu führen. Ich will das Parlament zu einer „Politik der Entspannung“ auffordern und glaube, daß ich unter den gegenwärtigen Umständen nicht vergebens an seine Sorge um das öffentliche Wohl appellieren werde.“

Wie verlautet, wird die Radikalsozialistische Partei für den Eintritt in das Kabinett Briands verschiedene Bedingungen stellen, darunter die Annahme gewisser Punkte des von dem Kongress von Angers aufgestellten Parteiprogramms und den Ausstieg der Minister der Gruppe der Republikanisch-demokratischen Union aus dem neuen Kabinett. Die Demokratische und soziale Aktion hält dagegen die Anwesenheit von Vertretern der Marine-Gruppe im Kabinett für unentbehrlich. Für den Fall einer Einigung Briands mit den Radikalsozialisten sieht man am Sonntagabend eine Ministerliste in Umlauf, die etwa folgende Namen umfassen würde:

- Briand, Ministerpräsident und Außenminister.
- Steeg oder Tardieu, Justiz- und Stellvertreter des Ministerpräsidenten.
- Chéron, Finanzminister.
- Daladier, Krieg.
- Tardieu oder Durand, Inneres.
- Voucheur, Arbeit.
- Herriot oder Marraud, Unterricht.
- Queuille oder Lamoureux, Landwirtschaft.
- Jorgoot oder Laval öffentliche Arbeiten.
- Laurent-Eynac, Luftfahrt.

Neben den schon an anderer Stelle genannten aussichtsreichsten Kandidaten für die übrigen Portefeuilles nennt man noch: Nicolai, Champellier de Ribes, Hesse, de Chappedaine usw. Hanry-Bate und Francois Poucet sollen Unterstaatssekretäre bleiben, während außerdem ein Unterstaatssekretariat für die Handelsflotte — die Flottenverträge haben bereits in einem Telegramm an den Vorsitzenden der Kammerauschüsse für die Handelsflotte einen derartigen Posten verlangt — und ein Unterstaatssekretariat beim Ministerpräsidium neu geschaffen werden sollen. Für das letztere käme wohl ein persönlicher Freund Briands, nämlich Pierre Lavale in Frage. Sollten die Verhandlungen mit den Radikalsozialisten scheitern, dann rechnet man mit der Wahrscheinlichkeit, daß Briand nur das Minister-



### Kabinett Poincarees zurückgetreten

Nachdem Ministerpräsident Poincaré wegen seiner ernstlichen Erkrankung zurückgetreten ist und sich durch verschiedene Entlassungsverläufe nicht von seinem Entschluß abbringen ließ, hat auch das gesamte Kabinett seine Demission gegeben.

präsidium des zurückgetretenen Kabinetts Poincaré übernimmt und zwei neue Unterstaatssekretariate geschaffen werden.

Paris. Briand wurde am Nachmittage vom Staatspräsidenten Doumergue empfangen. Beim Verlassen des Elysees erklärte er, daß das bisherige Kabinett unter allen Umständen die Grundlage für das zukünftige Kabinett bilden werde, da es keine Niederlage in der Kammer erlitten habe, doch wolle er nach Möglichkeit das Kabinett erweitern. „Ich habe bisher einem Kabinett angehört“, sagte Briand, „das zu einem ganz bestimmten Zweck gebildet wurde. Unter diesen Umständen ist mein zukünftiger Weg vorgezeichnet. Die bisherige Regierung hat ihren Chef verloren, an dessen Stelle ich nunmehr trete. Ich werde, soweit es in meiner Kraft steht, den Weg weiterverfolgen, den das Kabinett Poincaré vertreten hat. Ich hoffe, daß es mir gelingen wird, möglichst bald dem Präsidenten der Republik das neue Kabinett vorzustellen. Ich habe gute Gründe für die Annahme, daß maßgebende politische Persönlichkeiten mir ihre Hilfe nicht versagen werden. Ich möchte möglichst viel Kräfte heranziehen, auf die ich bestimmen kann.“

### Hollands Vorbereitungen für die internationale Konferenz

Den Haag. Im Haag ist man bereits eifrig mit den Vorbereitungen für die kommende Konferenz beschäftigt. Einzelne Vorordnungen, nämlich die deutsche, die französische und die japanische, haben bereits eine Anzahl von Zimmern in Scheveningen im voraus reservieren können. Die Beschaffung der Zimmer ist nicht einfach, da die Hotels in Scheveningen bei dem schönen Wetter einen sehr guten Besuch haben und bis Ende der Saison, Mitte August, fast besetzt sind. Es wird daher eine größere Anzahl der Teilnehmer außer in Scheveningen und im Haag auch in anderen Orten der Umgebung, so in Rotterdam und Noordwyk wohnen müssen. Am Sonnabend fand im Haag eine Konferenz in der holländischen Postdirektion statt. In welchem Gebäude die Konferenz stattfinden wird, steht noch nicht fest.

### Verzögerung der Regierungskonferenz?

Paris. Die in Berliner, Londoner und Pariser Blättern aufgetauchten Befürchtungen über eine Verschiebung der Regierungskonferenz infolge der französischen Regierungskrise werden durch den offiziellen „Excellator“ bestätigt. Das Blatt meint allerdings, es liege keinesfalls in der Absicht Briands, die Konferenz zu verzögern, höchstens rechnet man am Quai d'Orsay mit einer Verzögerung von einigen Tagen, die ohne großen Schaden für die Arbeiten der Diplomaten und Sachverständigen wäre. Die für die Bildung des neuen Kabinetts und seine Vorstellung vor den Kammern benötigte Frist werde auf alle Fälle den Vorteil haben, eine bequemere und vollständigere Organisation der Aufenthaltsbedingungen der Delegationen im Haag zu ermöglichen, wo man einige Schwierigkeiten wegen des Wohnungsmangels und der Ungünstigkeit der telephonischen und telegraphischen Verbindungen befürchtet.“

### Noch keine russisch-chinesischen Verhandlungen

Peking. Außenminister Wang erklärte am Freitag der chinesischen Presse, daß die Gerüchte über eine chinesische Note an Rußland aus der Luft gegriffen sind. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Nanking hat die Nankingregierung keine Schritte zur Beilegung des Konfliktes unternommen. Die Nankingregierung wird Verhandlungen einleiten, sobald sich die Sowjetregierung bereit erklärt, Sicherungen dafür zu geben, daß die russische kommunistische Propaganda im fernem Osten eingestoppt wird. Wang erklärte, daß die Nankingregierung nur unter diesen Bedingungen einen Schritt zur Beilegung des russisch-chinesischen Konflikts unternahmen kann.

## Deutscher Schritt in Warschau wegen Ulik

Berlin. An zuständiger Berliner Stelle wird das Urteil gegen den Führer des Deutschen Volksbundes in Polnisch-Oberschlesien, Ulik, als ein reines Tendenz-Urteil bezeichnet. Im Verlaufe des Prozesses sind von amtlicher polnischer Seite schwere Vorwürfe gegen die polnische Regierung erhoben worden. Diese Vorwürfe werden zur Zeit genau nachgeprüft. Nach Beendigung der Prüfung dürften die erforderlichen Schritte von deutscher Seite in Warschau hiergegen unternommen werden.

### Minister Wirth über die Lebensfragen der westlichen Grenzgebiete

Trier. Der Rheinische Handwerkerbund hielt am Sonntag in Trier seinen 45. Handwertertag ab. Besondere Bedeutung erhielt die Tagung durch die Anwesenheit des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, der in den letzten Wochen die zweite und dritte Zone des besetzten Gebiets besucht hat. Nach der Begrüßungsansprache des Präsidenten des Rheinischen Handwerkerbundes, Reichstagsvizepräsident Esser, sprach Dr. Wirth über „Die Lebensfragen der westlichen Grenzgebiete.“ Er betonte, daß eine Lösung der Probleme des Grenzlandes im Wesentlichen von der Durchführung einer größeren Kapitalversorgung und großzügigeren Finanzverbürgung abhängt. Ein gesundes Programm für das besetzte Gebiet müsse sich auf mindestens 8

bis 10 Jahre erstrecken und alle erforderlichen Maßnahmen zur Verkehrs- und Kulturförderung umfassen. Zum Schluß erklärte Dr. Wirth unter starkem Beifall: „Wir Deutsche erwarten in Ruhe die Befriedung Europas, die sich unter allen Umständen durchsetzen muß. Der kritische Augenblick im Ringen um die Freiheit am Rhein ist gekommen. Eine Sonderkontrolle in der entmilitarisierten Zone nach Abzug der Besatzung ist unmöglich. Ohne den Gedanken der Freiheit können wir hier nicht leben, nicht wirken. Niemals verträgt sich neben dem Plan einer europäischen Solidarität, wie ihn Brand erneut zur Aussprache gestellt hat, eine Kontrolle des Rheinlandes, wie ihn das gesamte Vaterland als entehrend und demütigend auffaßt. Der Rhein als freier Strom soll Deutschlands Herde sein! Er kann das aber nur sein, wenn er mit dem deutschen Volk frei ist. Bald und immerdar!“

### Die Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“

Start in der Nacht zum 1. August. Friedrichshafen. Wie die L.-U. erfährt, wird der Start des „Graf Zeppelin“ zur Amerikafahrt in der Nacht zum 1. August erfolgen. An dieser Fahrt nehmen, wie bis jetzt feststeht, 21 Fahrgäste teil. Dr. Eckener sprach sich über das Arbeiten der Motoren äußerst befriedigt aus. Vor der Amerikafahrt findet keine Probefahrt mehr statt.



Der Hochverratsprozeß gegen den slowakischen Abgeordneten Tula der der Bestrebungen beschuldigt wird, die Slowakei von der Tschechoslowakischen Republik loszureißen und Ungarn anzugliedern, begann am 29. Juli in Preßburg.

